

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Telefon: Dönhoff 282-298
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berlin und Anzeigenabteilung
Geschäftsjahr 9-5 Uhr
Verleger: Dormüts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Telefon: Dönhoff 2808-2809

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Hehjagd auf Dr. Höfle.

Wie das Meineidsverfahren zustande kam.

Im Höfle-Ausschuss gab es heute wieder einige interessante Feststellungen. Zunächst wurde Ministerialdirektor Huber vom Justizministerium vernommen. Er hat auf die dringlichen Vorstellungen der Frau Höfle am 14. April, daß ihr Mann im Gefängnis fürbe, sofort den Generalstaatsanwalt Rhode antelephoniert und diesem die Sache dringend ans Herz gelegt. Rhode versprach, sofort mit seinen Staatsanwälten in dem Sinne zu sprechen, daß Höfle aus der Haft beurlaubt oder wenigstens — als Inhabiter — in ein Sanatorium verlegt werde.

Die Staatsanwälte Linde und Pelzer waren jedoch anderer Ansicht. Sie hielten ihren Widerspruch gegen den Haftentlassungsantrag aufrecht, der dann von der Kammer verworfen wurde.

Dann wurde durch die Vernehmung der Zeugen Sudau und Staatsanwalt Pelzer das berühmte „Meineidsverfahren“ gegen Höfle gründlich beleuchtet. Es ergab sich folgender Sachverhalt: In einer Sitzung des „Deutschen Seglerbundes“, dem Sudau wie Pelzer als Mitglieder angehören, sprach Herr Sudau mit einem dritten Bekannten über Höfle. Sofort schickte sich Staatsanwalt Pelzer in das Gespräch: „Wie, Sie kennen Höfle?“ Darauf Sudau: „Sehr wohl, er ist ja an meinem Verlag beteiligt.“ Pelzer sofort: „Dann muß ich Sie unter vier Augen sprechen.“ Er zog nun Sudau beiseite und sagte ihm, daß Höfle einen Offenbarungseid geleistet, aber diese Beteiligung nicht angegeben habe. Er müsse daher gegen Höfle wegen Meineids einschreiten!

Am nächsten Tage telephonierte der Staatsanwalt Pelzer nochmals bei Sudau an und wollte durchaus den Wert des Anteils Höfles, der ein Fünftel des Verlages betrug, wissen. Sudau erklärte, daß der Verlag ein ideales Unternehmen zur Förderung der Beamtenliteratur sei, dessen Wert sich sehr schwer schätzen ließe. Pelzer drängte aber immer weiter, bis Sudau schließlich angab, daß kürzlich gelegentlich ein Brandschaden sein gesamtes Lager auf 10 000 Goldmark tarierter worden sei. Daraus folgte Herr Pelzer — er gehörte der Wirtschaftsabteilung der Staatsanwaltschaft an! —, daß Höfles Anteil 2000 M. betragen müsse. Nach etwa vorhandenen Passiven hat sich dieser Wirtschaftler nicht erst erkundigt. Ebenso wenig nach dem wirklich eingezahlten Kapital und etwa ausgeschütteten Gewinnen. In Wirklichkeit betrug der Anteil Höfles, wie der Zeuge Sudau angab, im April 1923 ganze 500 000 Papiermark (zirka 30 Goldmark), bei der Umstellung auf Goldwert im Jahre 1924

ganze 300 Goldmark.

Einen Gewinn hat Höfle, der das Unternehmen vorwiegend aus idealen Gründen förderte, aus seiner Beteiligung nie bezogen.

Höfle hatte nun bei der Ablegung des Offenbarungseides ausdrücklich den Zusatz gemacht, daß er infolge Untersuchungshaft und Krankheit sowie Fehlens aller Unterlagen möglichst einleines vergesse hätte.

Staatsanwalt Pelzer und Oberstaatsanwalt Linde hatten schon vor dem Gespräch mit Sudau in einer Unterredung ihre Ansicht dahin geäußert, daß mit dieser Klausel der ganze Offenbarungseid eigentlich wirkungslos wäre. Trotz dieser Ansicht und obwohl er nach seiner eigenen Aussage mit Bewußtheit annahm, daß Höfle sich auf diese Klausel beziehen würde,

eröffnete Staatsanwalt Pelzer gegen Höfle das Verfahren wegen Meineids.

Auf die Frage des Genossen Kuttner, ob er nicht wie bei seinen Telefongesprächen mit Sudau durch eine einfache Unterhaltung mit Höfle klären können, gibt Staatsanwalt Pelzer die vielversprechende Antwort:

„Das konnte ich, aber das wollte ich nicht.“

Wie der Herr Staatsanwalt seine eigene Eidespflicht aufweist, zeigt gleich darauf seine Antwort auf die Frage des Genossen Heilmann, warum Pelzer bei seiner ersten Vernehmung vor dem Ausschuss — auf die Pflicht zur Vollständigkeit der Aussage hingewiesen — dieses Meineidsverfahren auch nicht mit einer Silbe erwähnt habe. Herr Pelzer erwiderte nämlich: er habe das nicht zur Sache gehörig gehalten. So ein Jurist! So ein Staatsanwalt, der dieses Meineidsverfahren gegen Höfle anstrenge!

Gleich darauf wird eine neue Schikane verhandelt: Die Staatsanwaltschaft, d. h. die Herren Pelzer und Linde, hatte über Höfles Vermögen einen Arrest in Höhe von 62 000 M. zur Sicherung künftiger Kosten“ ausgebracht. Darin ist splendide Höfles Anteil an Sachverständigengebühren — nur sein Anteil in Sachen Barmat und Genossen — auf 30 000 M. eingeleist, sein Anteil an Porto und Telegrammen auf 5000 M., an Reisen um 5000 M. (wahrscheinlich für die berühmten Flugzugfahrten und Europa-Autoreisen der Herren Caspary und Ruhmann!) — und schließlich auch noch die Kostenrechnung für eine einmalige fünfjährige Freiheitsstrafe (!) mit 1,50 M. pro Tag, im ganzen etwa 2500 M. So hat man eine Apothekerrechnung von 62 000 M. gegen einen Mann zustande gebracht, gegen den noch nicht einmal die Baruntersuchung abgeschlossen war.

Meineidsverfahren — Arrest von 62 000 M. — Inhaftbehaltung des Schwerekranken — aber die Herren Linde und Pelzer werden carniicht sat, vor dem Ausschuss ihrer eigenen „Humanität“ Späßchen zu spenden.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung hat in jüngster Zeit zwei Aufsätze über die „Frage der Askari-Löhne“ und „Die Ehrenschuld an unsere Askari“ veröffentlicht. Beide Aufsätze führen übereinstimmend aus, daß die Askari in all den Jahren seit Beendigung des Krieges mit fester Zuversicht auf die Zahlung des vollen rückständigen Soldes gerechnet haben, und erklären es für eine selbstverständliche Ehrenpflicht des deutschen Volkes, diesen Erwartungen in vollem Umfange zu entsprechen. Wenn das bisher noch nicht habe geschehen können, so trage dafür die Schuld einzig und allein England, das aus politischen Gründen, um das Vertrauen der Askari zu Deutschland zu erschüttern, die Auszahlung verhindert habe. Da die Mißwirtschaft der englischen Mandatverwaltung in den ersten Jahren und der geradezu unmenschlich harte Steuerdruck das Land aber in erschreckendem Maße ausgezehrt haben, hätte England vor einigen Monaten die Gerechtigkeit zu erkennen gegeben, die Zahlung der rückständigen Löhne nunmehr zuzulassen. Diese Erlaubnis sei nicht aus Interesse an den verarmten Askari gegeben, sondern aus egoistischen Beweggründen, denn es sei für jeden Kenner der Verhältnisse klar, daß die Gesamtschulden der in das Land hineinströmenden Beträge binnen acht Tagen nach erfolgter Zahlung in die englischen Steuerfassen oder in die englischen Stores fließen würde. Die deutsche Regierung habe aber richtig gehandelt, sich trotz entgegenstehender Bedenken für die volle Auszahlung entschieden zu haben. „In Afrika wird von deutscher Ehre und Würde nicht gesprochen werden, solange Landsleute vor schwarzen Bettlern die Augen niederschlagen müssen.“

Wenn ich doch ein Askari wäre!

Gedanken eines deutschen Sparers.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung hat in jüngster Zeit zwei Aufsätze über die „Frage der Askari-Löhne“ und „Die Ehrenschuld an unsere Askari“ veröffentlicht. Beide Aufsätze führen übereinstimmend aus, daß die Askari in all den Jahren seit Beendigung des Krieges mit fester Zuversicht auf die Zahlung des vollen rückständigen Soldes gerechnet haben, und erklären es für eine selbstverständliche Ehrenpflicht des deutschen Volkes, diesen Erwartungen in vollem Umfange zu entsprechen. Wenn das bisher noch nicht habe geschehen können, so trage dafür die Schuld einzig und allein England, das aus politischen Gründen, um das Vertrauen der Askari zu Deutschland zu erschüttern, die Auszahlung verhindert habe. Da die Mißwirtschaft der englischen Mandatverwaltung in den ersten Jahren und der geradezu unmenschlich harte Steuerdruck das Land aber in erschreckendem Maße ausgezehrt haben, hätte England vor einigen Monaten die Gerechtigkeit zu erkennen gegeben, die Zahlung der rückständigen Löhne nunmehr zuzulassen. Diese Erlaubnis sei nicht aus Interesse an den verarmten Askari gegeben, sondern aus egoistischen Beweggründen, denn es sei für jeden Kenner der Verhältnisse klar, daß die Gesamtschulden der in das Land hineinströmenden Beträge binnen acht Tagen nach erfolgter Zahlung in die englischen Steuerfassen oder in die englischen Stores fließen würde. Die deutsche Regierung habe aber richtig gehandelt, sich trotz entgegenstehender Bedenken für die volle Auszahlung entschieden zu haben. „In Afrika wird von deutscher Ehre und Würde nicht gesprochen werden, solange Landsleute vor schwarzen Bettlern die Augen niederschlagen müssen.“

In dem dem Reichstag am 15. Mai 1925 zugegangenen Ergänzungsetat der allgemeinen Finanzverwaltung für 1924 wird im außerordentlichen Haushalt aus Anlaß des Krieges und der Demobilisierung eine Mehrforderung von 66 200 000 Mark erhoben. In den Erläuterungen hierzu heißt es u. a., daß für den rückständigen Sold an zirka 20 000 farbige Landesbewohner Ostafrikas, dessen Auszahlung bisher unterbleiben mußte, unter Aufwertung in der Landeswährung zirka 600 000 englische Pfund, d. h. rund 12 Millionen Reichsmark benötigt werden.

Diese Nachforderung wurde in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 25. Mai kurz gestreift. Ganz in Übereinstimmung mit den Artikeln der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erklärte der vorkonstituierende Abgeordnete Dr. Cremer, er „sei der Meinung, daß Deutschland an dieser Ehrenpflicht der Nachzahlung der rückständigen Askari-Löhne nicht vorübergehen könne“. Den ostafrikanischen Soldaten und Trägern sei ihr rückständiger Sold und Lohn nicht mißgünstig, wenn sie auch nach dem Urteil der Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nur acht Tage im Besitz desselben bleiben werden.

Aber welche Empfindungen wird diese Bewilligung, wenn sie erfolgt, in der riesigen Schar der kleinen deutschen Sparers und Gläubiger auslösen?! Niemand hat feierlicher, mehr bindende Versprechungen abgegeben worden als diejenigen, mit denen man während des Krieges aus der Masse des Volks auch den letzten Spar- und Notgroschen herauszuholen bestrebt gewesen ist: Sichere Anlagen gäbe es nicht. Niemals würde das Vaterland diejenigen im Stich lassen, die ihm in schwerster Stunde beigegeben hätten. Jeder andere Gedanke sei geradezu ein Verbrechen an der Ehre des deutschen Volkes.

Diese Versprechungen im Verein mit dem starken Druck, der auf die öffentlichen Körperschaften und alle Versicherungs-träger zur Zeichnung von Kriegsanleihen ausgeübt wurde, führten zu dem erstrebten Ziel. Man konnte den Weltkrieg in der Hauptsache durch Ausschreibung von Kriegsanleihen finanzieren, und man brauchte auf solche Weise den Besitzenden mit der Einführung scharfer Besitzsteuern, wie sie von der Sozialdemokratie verlangt wurden, nicht wehe zu tun. Wozu denn auch neue Besitzsteuern? Die Gegner würden ja doch nach der bekannten Weisung des damaligen Reichsfinanzministers Dr. Helfferich das Bleigewicht der Kriegskosten für die kommenden Jahrzehnte mit sich zu schleppen haben.

Jetzt stehen die deutschen Sparers und Gläubiger ruiniert und verzweifelt, von den Deutschnationalen betrogen und verlassen am Grabe ihrer letzten Hoffnungen. Für 20 000 ostafrikanische Soldaten und Träger 12 Millionen als 100prozentige Aufwertung. Für viele Hunderttausende, wenn nicht Millionen von deutschen Sparern und Gläubigern 140 Millionen als fünfprozentige Aufwertung! Und auch das erst durch das unaufhörliche Drängen der Sozialdemokratie. Dr. Luther, das jetzige Haupt der deutschnationalen Regierung, der sich rühmt, der Vater der 3. Steuernotverordnung zu sein, hatte mit diesem Geset einen glatten Strich durch alle Ansprüche aller Anleihebesitzer gemacht. Die neue Regierungsvorlage will für die Anleihebesitzer eine Aufwertung von ganzen 5 Proz. bringen, und diese Gabe gläubige der höchste Justizbeamte des Reichs, Reichsjustizminister Franke, mit folgender Hymne einleiten zu dürfen:

„Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß die Aufwertungsfrage weder eine reine Rechtsfrage, noch eine rein wirtschaftliche Frage ist. Sie geht vielmehr davon aus und ist davon überzeugt, daß es gilt, das Streben nach höchster Gerechtigkeit mit der Verantwortung für den wirtschaftlichen Fortbestand und den wirtschaftlichen Aufstieg unseres Vaterlandes zu verbinden. Die Reichsregierung betrachtet die Aufwertungsfrage vor allem aber auch als eine soziale Frage“

Die Deutschnationalen selbst halten ja auch diesen unter-mittelten Uebergang zum absoluten Freihandel keineswegs für nützlich oder erträglich, sie erwarten vielmehr von ihm eine tüchtige Schädigung der Volkswirtschaft, und eben deswegen drohen sie mit ihm!

Werden nun diejenigen Reichstagsabgeordneten der bürgerlichen Mitte, die aus fälschlicher Ueberzeugung Gegner der Mindestzölle sind, vor einer solchen Drohung zurückweichen? Man muß es abwarten, nur soviel ist sicher: Leute, die sich durch solche Methoden kirremachen lassen, verdienen, mit einem Ring durch die Nase durchs Land geführt zu werden!

China-Konferenz ergebnislos abgebrochen.

Ultimative Forderungen der Chinesen.

London, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die von den Vertretern der europäischen Mächte sowie von der chinesischen Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung einberufene Konferenz wurde abgebrochen, da die Chinesen die Vorschläge der fremden Mächte als eine ungeeignete Verhandlungsbasis ablehnten. Es verlautet, daß die Chinesen neue Forderungen und für deren Erfüllung ein Ultimatum gestellt haben. Die Situation hat also eine weitere Verschärfung erfahren und löst infolge der planmäßigen Organisierung des Boykotts und des steigenden Volkswillens schwere Gefahren aus. Das diplomatische Korps hat nach einer langen und schweren Debatte beschlossen, die an dem Konflikt nicht beteiligten Vertreter Italiens, Frankreichs und Amerikas zur Regierung zu entsenden, um die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über die ultimativen Forderungen der chinesischen Regierung zu betreiben. Der Verkehrsminister soll offiziell alle Angehörigen der Post, der Telegraphenämter und der Eisenbahn angewiesen haben, pro Monat einen Tageslohn in die Streikliste abzuführen.

Faschistische Ausnahme-gesetze.

Gegen nicht-faschistische Beamte.

Kom. 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat gestern das Gesetz Rocca gegen die nichtfaschistischen Beamten mit 274 gegen 42 Stimmen angenommen. Die Regierung hat vielmehr die Möglichkeit, alle Beamten abzusehen, die ihr unbequem sind. Gegen die Vorlage protestierten sogar die faschistischen-treuen Rechtsliberalen.

Der Revolver knackt...!

Die Agrarier drohen der Industrie.

Der Reichskanzler Luther und der Minister Graf Kanitz haben gestern abend, wie schon berichtet, die Vertreter der „Regierungsparteien“ empfangen und mit ihnen die Erledigung der Zollvorlage besprochen, deren Beratung am Montag im Reichstag beginnen soll. Ueber den Verlauf der gestrigen Besprechung verlautet nichts, als ein Symptom für ihn kann es aber vielleicht gewertet werden, wenn die „Kreuzzeitung“ heute morgen einen wüsten Erpressungsartikel losläßt, in dem sie rund heraus erklärt: „Sollte wider Erwarten der Landwirtschaft ein Lüdenlöser, der Parität zu den Industriezöllen entsprechender Schutz versagt werden, so wäre die Landwirtschaft gezwungen, für die völlige Zollfreiheit auf allen Gebieten einzutreten.“

Das scheint uns nicht die Sprache zu sein, die man führt, wenn man einig ist und sich seiner Mehrheit sicher weiß.

Interessant wird es nun sein, zu beobachten, ob sich die Industrievertreter und die bürgerlichen Mittelparteien dieser erpresserischen Drohung fügen werden.

Sachlich entbehrt der Anspruch der Deutschnationalen, die sich jetzt trotz ihrer zahlreichen städtischen Wähler rund und nett als „die Landwirtschaft“ deklarieren, jeder Begründung.

Die Forderung, daß „die Landwirtschaft“ für die Befestigung, die sie durch Industriezölle erfährt, durch Agrarzölle entschädigt werden müsse, enthält zunächst das Eingeständnis, daß beide Arten von Zöllen preistreibend wirken. Fordert aber die Landwirtschaft eine solche Entschädigung, so muß erst festgestellt werden, wie groß die Befastigung ist, die sie durch die Industriezölle erfährt. Eine solche Feststellung ist aber bis auf weiteres in keiner Weise möglich, da ja die Industriezölle nur Verhandlungszölle ohne feste Grenze nach unten sind. Erst nach dem Abschluß der Handelsverträge wird sich einigermaßen übersehen lassen, in welchem Maß die Industriezölle die Landwirtschaft tatsächlich befestigen.

Es entspricht in keiner Weise der Parität, wenn „der Landwirtschaft“, oder richtiger, ihrem an hohen Getreidepreisen interessierten Teil, von vornherein Mindestzölle gewährt werden, wie sie weder für die Industrie noch für den andern Teil der Landwirtschaft in Aussicht genommen sind. Die mit der Forderung der „Parität“ arbeitende Beweisführung der „Kreuzzeitung“ führt logischerweise entweder zu allgemeinen Mindestzöllen, d. h. zum Doppeltarif, oder aber zur Befestigung der Mindestzölle aus dem vor-geschlagenen Zollsystem.

Die Gewährung von Mindestzöllen an das Großagrariertum bedeutet nicht seine zollpolitische Gleichstellung mit den übrigen Wirtschaftszweigen, sondern seine Heraushebung und Privilegierung.

Diese Privilegierung wird jetzt von den Deutschnationalen in ultimativer Form gefordert, für den Fall ihrer Verweige-

von höchster Bedeutung sowie als eine Frage der Ethik. Sie ist der Ueberzeugung, daß die Aufwertungsfrage zu einer Schicksalsfrage des deutschen Volkes zu werden droht, wenn bei ihrer Lösung nicht alle Gesichtspunkte: Recht und Sittengesetz, Wirtschafts- und Sozialpolitik in gleichem Maße Berücksichtigung finden.

Demgegenüber werden die verzweifelten Sparer und Gläubiger es mit dem alten Sprichwort halten: „Schöne Worte helfen nicht, wo von Werken nichts geschieht.“ Und was die Werke betrifft, so wird sicher manch einer von den deutschen Sparern die Askarielage mit der Aufwertungsfrage vergleichen und in den Stahlfestler ausbrechen: Wenn ich doch ein Askari wäre!

Notleidende Fürsten.

Es gibt doch noch Richter!

Koburg, 20. Juni. (II.) Durch deutsche Reichsgerichtsentcheidung hat der Herzog von Koburg-Gotha einen langjährigen Prozeß gegen den Staat Gotha gewonnen, wonach ihm u. a. wieder Schloß Reinhardsbrunn, Schloß Friedenstein in Gotha, das Museum, die Sternwarte in Gotha und sieben Oberförstereien zufallen. Diese Besitztümer waren dem Herzog auf Grund des Domänenverteilungsgesetzes von 1905 als Fideikommiss zugesprochen. Nach der Revolution hatte jedoch der Staat Gotha durch ein Ratifikationsgesetz den Herzog entignet.

Die Aufwertung der Anleihen.

Aus den Beratungen des Reichstagsausschusses.

Am Donnerstag hat der Aufwertungsausschuß mit der Beratung des Gesetzentwurfes über die Ablösung der öffentlichen Anleihen begonnen. In der Generaldebatte erklärte der Reichsfinanzminister von Schlieben, daß angesichts der Finanzlage des Reiches es unmöglich sei, die Aufwertung der Anleihen für die Zukunft noch offen zu lassen. Es müsse jetzt eine endgültige Regelung getroffen werden. Abg. Best verlangt die Anerkennung der Reichsschuldenlast in voller Goldmarkhöhe und Beschaffung der Mittel durch Besteuerung der Geldwertungs- und Spekulationsgewinne. Dr. Rademacher (Dnat.) verteidigt die Herabsetzung der Anleihen nach den Vorschlägen des Entwurfes und verweist auf Frankreich und Italien, wo man sich auch mit einem 70-80prozentigen Verlust abfindet. Abg. Reil tritt für die energische Besteuerung der Nutznießer der Inflation und derjenigen Kreise ein, die trotz Inflation ihr Vermögen erhalten konnten.

Am Freitag wurde der Reichsbankpräsident Dr. Schacht vernommen. Dr. Schacht erklärte, das Reichsbankdirektorium habe stets einstimmig jede Aufwertung der privatrechtlichen wie der öffentlich-rechtlichen Ansprüche, weil sie zu einer unangelegentlichen Belastung der Wirtschaft führe, abgelehnt. Es habe aber nie verkannt, daß das Reich soziale Pflichten gegenüber den verarmten Gläubigern zu erfüllen habe. Wenn man von Treu und Glauben spreche, so sage er, der Arme sei zu schützen, nicht das Prinzip. Der Kredit des Reiches im Ausland würde durch die Abwertung in keiner Weise berührt. Was die Wirkung im Innern betreffe, so werde eine höhere Aufwertung der privatrechtlichen Forderungen wohl die Reueigung stärken, verfügbare Kapitalien lieber Privat als dem Reich zu geben. Hieraus ergäbe sich aber nicht die Erhöhung der Aufwertung der öffentlich-rechtlichen Ansprüche, sondern die Herabsetzung der privaten. Wenn man schon aufwerten wolle, so dürfe nur der Dauerbesitz berücksichtigt werden, sonst bemüht sich sofort die Spekulation der aufgewerteten Papiere. Die Regelung müsse auch auf lange Frist greifen. Die Scheidung zwischen Alt- und Neubesth sei nicht gerade unmöglich, aber sehr schwer durchzuführen.

Auf die Anfrage des Abgeordneten Freiherrn v. Richthofen, wie der Reichsbankpräsident den Vorschlag einer alternativen Regelung beurteile, die dem Gläubiger die Wahl lasse zwischen der Auszahlung der Ablösungsanleihe mit Beteiligung an der regelmäßigen Auslösung und der Eintragung des verzinslichen Anspruchs in Höhe von 25 Proz. ins Reichsschuldbuch, erklärte Dr. Schacht, daß er eine solche Lösung auf alle Fälle günstig beurteile. Vielen Gläubigern würde der Spatz lieber sein als die Taube am Dache. Die Frage des Abg. Dr. Wunderlich (Volkspartei), ob Herr Schacht die allgemeine Richtigerklärung der Anleihen 1923 für tragbar gehalten habe, beantwortet Dr. Schacht

mit ja, fügte aber hinzu, daß selbstverständlich für die Armen hätte gesorgt werden müssen. So gut wie zahllose Familien sich damit abfinden müßten, daß ihre Angehörigen im Krieg erschossen oder ihre Häuser zerstört worden seien, müsse man sich auch mit den Auswirkungen der Inflation abfinden. Die Frage des Abg. Hergt (Dnat.), ob Dr. Schacht glaube, daß man den Neubesth ganz streichen könne, beantwortet dieser im bejahenden Sinne. Finanzminister v. Schlieben machte dagegen gewisse Bedenken geltend in Rücksicht auf das Verhalten der Banken und des Auslandes. Im weiteren Verlauf der Debatte wandten sich die Vertreter des Finanzministeriums und die Abgg. Emminger und Hergt gegen den vorliegenden Antrag des Abg. Dr. Best, der die unbeschränkte Anerkennung der Reichsanleihen in ihrem Goldmarkbeitrag verlangt und eine von Jahr zu Jahr festzusetzende Verzinsung vorschlägt, zu deren Gunsten verwendet werden sollen der Ertrag einer Vermögenszuwachssteuer, der Steuern auf Lotterei- und Holzverkaufsgewinne und die Hälfte der dem Reich von der Reichsbahn-Verwaltung zufließenden Dividenden. Dr. Best verteidigte seine Vorschläge ausführlich.

Dr. Hergt (Dnat.) lehnt eine Vermögenszuwachssteuer ab.

Etwa in zwei Jahren könne man sich mit der Sache wieder befassen. Reil (Soz.) erklärte die Zustimmung seiner Freunde zu diesem Antrag und ihre Stimmenthaltung gegenüber dem Antrag Best. Die endgültige Entscheidung werde nach der Fraktionsberatung in der zweiten Lesung erfolgen. Die Ausschließung des Neubesthes von der Aufwertung unterfällige Reil für die Annullierung von 95 Proz. der Vermögensanprüche der Altbesitzer sollten die Rechtsparteien als die eifrigen Verteidiger der Eigentumsrechte die Verantwortung tragen. Der Konturs, in dem sich das Reich nach den Erklärungen verschiedener Vordredner befindet, sei ein fallcher Konturs, solange man den Teil ungeschoren lasse, der in der Zeit der Not des Volkes für sich errafft habe, was nur möglich war.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Kommunisten gegen die Stimmen der Antragsteller und Sozialdemokraten abgelehnt, der Antrag Best gegen die Stimmen des Antragstellers gleichfalls abgelehnt. Bei der Abstimmung enthielten sich Sozialdemokraten und Kommunisten der Stimme.

Sozialdemokratische Anträge.

In der Sonnabendigung des Aufwertungsausschusses brachten die sozialdemokratischen Vertreter grundlegende Anträge ein. Diese Anträge bezweckten:

1. den Ausschluß des fast durchweg im Wege der Spekulation erworbenen Neubesthes von der geplanten Umwandlung;
2. die Umwandlung der Reichsanleihen nicht auf 5, sondern auf 20 Proz.;
3. Verzinsung der auf 20 Proz. herabgesetzten Schuld mit 5 Proz. Erhöhung des Zinsfußes auf 25 Proz., wenn das Einkommen des Gläubigers einschließlich seines Rentenbezuges 1600 M. nicht übersteigt. Verneinung des Rentenanspruchs, soweit das Einkommen einschließlich der Rente 10000 M. übersteigt.
4. Tilgung der umgewandelten Anleihe binnen 40 Jahren durch Auslösung. Der Gläubiger mit einem Einkommen unter 1600 M. kann auf sein Auslösungsrecht verzichten zur Erlangung einer um 5 Proz., wenn er über 60 Jahre alt ist, einer um zehn Prozent höheren Rente.
5. Deduktion des zur Durchführung dieser Grundzüge erforderlichen Bedarfs durch eine Sondersteuer von den Vermögen, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit neu entstanden sind, einen Zuwachs erfahren oder sich nicht wesentlich vermindert haben, und von den Gewinnen aus Grundstücksveräußerungen.

Die Anträge wurden von den Abg. Reil und Dr. Seber begründet.

Rit zur Debatte stand ein Antrag Freiherr von Richthofen (Dem.), der die Vorschläge der Kompromissparteien in der Weise erweitern will, daß auf Antrag des Gläubigers ein Anspruch von 25 Proz. seiner Anleihe mit einer 2 1/2prozentigen Verzinsung in das Reichsschuldbuch einzutragen ist.

Die Tilgung dieser Schuldbuchanleihe soll am 1. Januar 1926 mit 1 Proz. beginnen.

Nach langer Debatte, in der sowohl die sozialdemokratischen Anträge wie der Antrag Richthofen von den Vertretern der Regierungsparteien und dem Minister v. Schlieben scharf bekämpft wurden, wurde der Antrag Richthofen mit 12 gegen 7 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen abgelehnt. Dafür stimmten neben dem Antragsteller die Sozialdemokraten und der Abg. Best, der Stimme enthielten sich die Kommu-

nisten, die Volksparteiler Bildmeister und Heinge und der Zentrumsvor. Hof. Ueber die sozialdemokratischen Anträge wird im weiteren Verlauf der Beratungen, die am Dienstag fortgesetzt werden, abgestimmt werden.

Bulgarische Schandwirtschaft.

Kennzeichnung durch die britische Arbeiterpartei.

London, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Fraktionsvorsitzender der Arbeiterpartei im Unterhaus hat folgende Resolution angenommen:

Die britische Arbeiterpartei hat mit schwerer Besorgnis Berichte, aus Bulgarien zur Kenntnis genommen, aus denen hervorgeht, daß sich die Verfolgungen und Anklagen nicht nur auf Personen erstrecken, die in einer wenn auch nur entfernter Verbindung mit Organisationen stehen, die gewaltsame Aktionen propagieren, sondern daß auch gegen Personen vorgegangen wird, deren einziges Verbrechen es ist, daß sie andere Meinungen politischer Natur als die von der Regierung vertreten. Die Arbeiterpartei stellt fest, daß auf Grund einer Mitteilung General Volkoff, des bulgarischen Kriegsministers, noch immer nicht weniger als 3194 Personen gefangen sind und auf ihre Aburteilung warten.

Die strengen Urteile, die über politische Gefangene verhängt worden sind, und insbesondere die Einschüchterungspraxis der bulgarischen Staatsanwaltschaft gegen politische Gegner hat in der Arbeiterpartei große Erregung hervorgerufen. Im Interesse des guten Rufes der bulgarischen Regierung und der Ermöglichung des „guten Willens“ bei deren politischen Gegnern, betont die britische Arbeiterpartei die dringende Notwendigkeit einer humaneren Behandlung und eines humaneren Gerichtsverfahrens für politische Gefangene und spricht die Hoffnung aus, daß die geistliche Zivilverwaltung in Bulgarien bald wiederhergestellt werden wird.

Stresemann hat um Aufklärungen gebeten.

Sie erfolgen schon heute.

Paris, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer offiziellen Mitteilung hat Herr Stresemann in den beiden Unterredungen mit dem französischen Botschafter auf gewisse Unklarheiten in der französischen Note hingewiesen und um Aufklärung darüber gebeten. Die deutschen Anfragen hätten bereits gestern im Dual d'Orsay Gegenstand einer aufmerksamen Prüfung gebildet und die französische Antwort darauf würde wahrscheinlich schon heute den Weg nach Berlin machen. Auch an den hiesigen zuständigen Stellen erklärt man die Aufnahme, die die französische Note in Deutschland gefunden habe, als nicht ungünstig und verweist dabei im besonderen darauf, daß trotz der gemachten Reserven die Gesamtheit der deutschen Presse der Fortsetzung der eingeleiteten Diskussion das Wort rede.

Der Friede, wie ihn Polen auffaßt.

Warschau, 20. Juni. (WTB.) Außenminister Strzyski setzte in der auswärtigen Kommission des Sejm die Ansicht der polnischen Regierung über die französische Garantiepolitik auseinander. Für Polen sei unabänderlicher Grundsatz die Unberührbarkeit der Friedensverträge, den gegenwärtigen Moment könne man in der langen Periode der Sicherheitsverhandlungen als günstigen Augenblick bezeichnen. Frankreich reiche die Hand zum Frieden. Sache Deutschlands sei es jetzt, dieselbe anzunehmen oder abzulehnen. Wenn es die Hand ergreife, komme es aus der feindseligen moralischen Nachkriegsisolierung heraus und werde Mitarbeiter am Weltfrieden. Deutschland wolle, daß man den Krieg vergesse, Polen wünsche dasselbe. Um jedoch Helfer und Wächter der allgemeinen Sicherheit und des Friedens zu sein, müsse man aufhören, ein Feind der Verträge zu sein.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen mußte sich plötzlich einer Blinddarmerkrankung unterziehen. Sein Zustand ist befriedigend. — Hingegen wird der Zustand des großen serbischen Ministerpräsidenten Pašičić, der plötzlich schwer erkrankt ist, als ernst bezeichnet.

Wiener Musik-Tradition.

Zum zweitenmal grüßt Berlin das Wiener Philharmonische Orchester. Während des Krieges trug gemeinsame Not, heute trägt gemeinsame Sehnsucht diese Oesterreicher nach Deutschland. Der Reichspräsident hat diese Oesterreicher nach Deutschland. Die Reichspräsident hat diese Oesterreicher nach Deutschland. Die Reichspräsident hat diese Oesterreicher nach Deutschland.

Kleiber dirigierte ein Ensemble von Musikern, deren Wirtin mit großen Namen aus Norddeutschland, mit allen Leistungen grüßte Kapellmeister verknüpft ist. Krieger, Edert, Dessoff waren die ersten, die den Wiener Philharmonikern, dem Orchester des Wiener Staatstheaters seine Bedeutung gaben. Dann kam Hans Richter der berühmte Wagner-Direktor, aus Pust, der zu dem Programm der Klavier Proben, Dorat Strauß hinzuzufügen. Sein Nachfolger: Mahler, gleichzeitig sein Gegenpol. Dem objektiv ruhigen, doch mit dem Herzen musizierenden Richter, der Brudner zugleich mit Schalkowsky in ihre Rechte einsetzte, folgte der verantwortungsvolle und beredteste aller modernen Dirigenten, ein Führer und Meister, von dessen Geist und Stilgefühl noch heute die Philharmoniker zehren, von dem alle, die heute große Geltung haben, abstammten scheinen, Walter, Riemper, Furtwängler, Kleiber. Das größte Wunder blieb dort, wie in Berlin, Krieger, unerfährlich, einzig. Weingartner steht nun seit einem halben Menschenalter an ihrer Spitze und wahrte die Tradition der klassischen Linie.

Dieses wundervolle Ensemble hat nun auch uns wieder in Begleitung versetzt. Man vertieft unsere Berliner Philharmoniker, deren momentane Einstellung und künstlerische Einfühlung in jedwede Dirigententechnik von der Welt bewundert wird, nicht, wenn man die Vorzüge der Wiener preist. Es ist ein Klang in den Streichern, der in aller Fülle und Heftigkeit nie übertrieben wirkt. Ein Klagen, ein Seufzen, eine Schwingenbewegung offenbar sich in Geigen und Bratschen, und die frapperende Gleichförmigkeit der Striche verdeutlicht solche Stimmungen unentwegt. Eleganz ist nicht Oberfläche, schwebende Töne unterdrücken nicht die Kraft, die aus dem kalten Klang der Streicher strahlt. Das Melos klingt lange nach, es gibt kein Abstreifen, fast sind die Töne selber erfüllt von lebendiger Musik. Die Instrumente scheinen zu atmen. Wie wenig vordringlich klingen die Geige ihr berühmtes Solo in der „Unvollendeten“, wie leis und raunend legen sie alle den Beginn des ersten Satzes ein, wie flehhaft und dennoch wie klingend, ohne Druck steigt sich das alles! Der Taktus fehlt, die Stimmlichkeit bleibt fräulich, edel, ein Stil der Meister. Die Bogenlehre ist vorbildlich, so in den Vorschlägen eines Hundsdorfer Anbates, so im tonleiternmäßigen Anstieg des Allegro bei Beethoven (7. Sinfonie). Ein endloser Gesang, selbst in der Dramatik noch weicher als die Akzente. Holz und Blech von der gleichen Art, doch schon deutlicher in ihren selbstlichen Phrasen das Besondere betonen, herrlich Oboe, Klarinette, Fagott (die in der Eleganz unvergleichlich scheint). Ein musterhaftes Orchester, dem alle Grade der Dynamik zur Verfügung stehen, die von allen nur im Gefühl stilistisch Verantwortung Gebrauch machen. Ein Piano-Orchester. Wiener Tradition: Ganzheit, Schmiebung, Singen, Soli canto.

Erich Kleiber, unser brillanter Operndirektor, hat nicht das Armpfinden für diese Schlägheit. Obzwar ein Wiener, scheint er zugleich norddeutsche Kraft und norddeutschen Geist in die Partituren einzubringen. Wenn es wahr ist, daß Klisch am vollkommensten Schubert „Unvollendete“ dirigierte, wenn das der Stil Wiens war, so hat Kleiber hier in Dynamik und Klangdifferenzierung, in Tempo und Ausdruck versagt. Vor allem der zweite Satz ist an unerträglicher Dehnung und an Pointen, die sich mit dem ebenmäßigen Fluß der Melodie schlecht vertragen. Der Vortrag der Hauptsonate und auch Beethovens dagegen ließ neben einer Wohlüberlegtheit den hervorragenden Musiker neben dem Techniker der Hand den innerlich bewegten Künstler erkennen. Im Menuett Haydns, im Bivace Beethovens trafen sich die Gefühlsschwüngen des Dirigenten mit der unerschütterlichen Tradition des Meisterorchesters. Kapelle und Kapellmeister wurden köstlich gefeiert.

Kurt Singer.

Was hat Amundsen erreicht?

Roald Amundsens Polarflug wäre in geographischer Hinsicht nur dann ein Erfolg geworden, wenn es ihm gelungen wäre, mit dem Flugzeug so nahe an den Pol heranzukommen, daß er ihn zu Fuß hätte erreichen können. Das ist, wie man nunmehr weiß, nicht der Fall gewesen. Amundsen ist bis zu 87 Grad 44 Minuten nördlicher Breite und 10 Grad westlicher Länge gelangt, also nur 38 Minuten weiter nach Norden als Peary bereits im Jahre 1906. Der Versuch, beim Wiederanstieg noch weiter gegen den Pol hin vorzudringen, war schon dadurch unmöglich geworden, daß die Hälfte des Benzinsvorrats bereits verbraucht war, und es konnte sich bei der Wiederholmachung der Flugzeuge oder eines von ihnen nur noch, wie auch aus Amundsens Frankfurter Bericht hervorgeht, darum handeln, ungefährdet Spitzbergen wieder zu erreichen. Das ist den fähigen Polarfliegern glücklicherweise gelungen. Aber der Zweck des Unternehmens, der dahin ging, den Nordpol zu erreichen, wurde verfehlt.

Wenn Amundsen berichtet, daß er beim Ueberblick über ein Gebiet von rund 150 000 Quadratkilometer nirgends eine Spur von Land gesehen habe, so bestätigt das eben nur alle bisherigen Erfahrungen und Ergebnisse früherer Nordpolerpeditionen. Im übrigen ist ein Gebiet von 150 000 Quadratkilometern noch nicht ein Drittel von der Größe Deutschlands, also keineswegs ein Areal von besonders imponierender Ausdehnung. Doch auch weiter nach Osten und Westen von seiner Flugroute würde Amundsen gewiß kein Land gefastet haben. Unklar in dieser Beziehung sind die Verhältnisse in der Arktis lediglich in deren östlichem, übrigens weit größerem Teil, dem Gebiet des Eismeres zwischen Nordamerika und Sibirien. Dorthin vorzudringen, gehörte aber überhaupt nicht zu Amundsens Absichten bei diesem Polarflug.

Man kann zusammen also sagen: was Amundsen gelungen ist, war eine bewundernswürdige sportliche Leistung. Was er hat leisten können, wenigstens in geographischer Beziehung, war mit einer fast an Gewissheit grenzenden Wahrscheinlichkeit bereits bekannt. Jedenfalls hat er aber bewiesen, daß man mit dem Flugzeug in die Arktis vordringen kann, wen auch keine Ergebnisse gezeigt haben, daß das einstweilen noch ein recht gefährliches Unternehmen ist.

Bauernkomödie im Schiller-Theater. Leopold Jessner, der Intendant der Staatstheater, legt auch im Sommer nicht die Hände in den Schoß. Dargestellt: Auguste-Georgers politische Komödie

„Doppelsebstmord“, die Dehner gestern im Schiller-Theater herausbrachte, ist kein sommerlicher Liebesbühler, sondern ein Bauernvolksstück, eine erfrischende Komödie also, in der es keine Uteranprobleme zu kneten gibt, sondern wo alles wunderbar unkompliziert abläuft. Im „Doppelsebstmord“ behandelt Angenauer den uralten Zwist zweier Bauernblüchlein, der durch die Deardul einfach und durch ein Deardul wieder beigelegt wird. Er zeichnet mit diesen Einseitigkeiten originelles Leben aus dem Gebirgsmilieu. — Der Regisseur Ernst Neubauer, dessen Bilanzleistung bei der „Reithusalem“-Inszenierung im verflochtenen Dramatischen Theater unvergessen bleibt, stellte gestern ein Stück handfesten Lebens voller Urmächigkeit auf die Bühne. Die Wirtshauszene mit der obligaten Kauterei hatte wirbelndes Tempo. Max Pohl gab den Hausdierer als Griesgramling, dem nichts recht zu machen ist. Es war eine — man könnte sagen — erschütternde Charakterzeichnung eines Menschen, der mit dem Leben abgeschossen hat. Ihm und der drallen Maria Paudler galt der reiche Beifall, der der Inszenierung gesendet wurde.

Dgt.

Mönchsdagdie. Die Spekulation der Goethe-Bühne stimmt. Vor 25 Jahren spielte man „Die Brüder von Sant Bernhard“ von Anton Hörm mit großem Erfolg. Die kaiserlich-königlichen Zensurbehörden von Oesterreich legten sogar Wert darauf, sich an dem Stück zu blamieren. Einige deutsche Zensoren fanden keine Ruhe und verboten in bundesbrüderlicher Einigkeit genau so wie die Wiener Zensur. Das Stück des nun schon verstorbenen und beinahe vergessenen Verfassers ist natürlich ganz harmlos, durchaus nicht gotteslästernd, sondern im Gegenteil voll von Frömmigkeit. Es wird nur ein wenig in die Bewusstseinsbilddes des jungen Mannes hineingelassen, der das ewig bindende Bündnis abgeben soll. Das Stück hat schon seine Verdienste. Vieles ist in Ausdruck und Auffassung veraltet oder gar tot, aber der naive Mann sieht immer noch gern, unter welchen Qualen der Jüngling zu Kreuze kriecht. So blieb der Erfolg auch nicht aus.

M. H.

Eröffnung der Woche. Montag Renaissance-Theater: „Mist“. In der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, gelangen als nächste Neuentstehung „Die deutschen Kleinkünstler“, Lustspiel von Kerschbaue, in vollkommen neuer Textbearbeitung zur Aufführung. Regie: Paul Penzels.

Das Sommerfest der Gesellschaft der Sturmstunde findet am 26. abends 7 Uhr, im Rennbahn-Restaurant Brunenwald (in den Sälen und im Freien) statt. Kunstausstellung durch den Sturm, Rahm 4443.

Die Galerie Dr. Goldschmidt-Dr. Wallerstein, Schöneberger Ufer 2a, zeigt Gemälde von Salomon Ruisdal, Böhm. Kunstsal. Penzels u. a. sowie gotische Holzskulpturen und Renaissance-Brünnen; in der Abteilung für moderne Kunst Werke von Camoin, Gobel, Friedl, Rotschka, Rolde, Schmidt-Rottluff und Südborn.

Ein neues Rekonstruktionsprojekt für Ostpreußen. Das rote Meer und das Tal des Jordan liegen, wie bekannt, 304 Meter unter dem Spiegel des Mitteländischen Meeres und sind von diesem durch eine Gebirgskette getrennt. An diesen Umstand knüpft der Franzose Andreau einen Plan von außerordentlicher Kühnheit. Er will das Wasser des Mitteländischen Meeres bis zur Höhe des trennenden Gebirges leiten und es dann in das rote Meer fließen lassen; dadurch soll nicht nur eine Straßensette ersten Ranges gewonnen, sondern auch der Verödungsprozess des Landes gebremst, ja vielleicht die Schaffung eines Dammensystems ermöglicht werden. Der See Genezareth ist dabei als Stausee geplant.

Weltkapital und Marokko-Krieg.

Eisenerz und Petroleum als wahre Ursachen.

Ueber die Vorgeschichte des Marokkokrieges schreibt der bekannte französische Schriftsteller Professor Francis Delaisi in einem Pariser Beamtenfachblatt einen Artikel, der von „Europa-Press“ auszugeweiht wiedergegeben wird:

England hat einst den Rif in die spanische Einflusszone eingliedern lassen. Es wollte nicht, daß die französische Regierung, die offizielle Schutzherrin des Sultans von Fez, in der Nähe von Oubratat eine Basis für Flugzeuge und Unterseeboote anlegen könnte, die fähig wäre, die Meerenge zu schließen und demzufolge den Weg nach Indien zu versperren.

Die Spanier haben das Geschehen angenommen, da in der Nähe von Melilla ein mächtiges Erzlager entdeckt wurde, das vor allem den Grafen von Romanones, den Präsidenten der liberalen Partei, interessierte, den Chef der großen Metallfabrik „Figueras“, den spanischen Kreuzfahr.

Unglücklicherweise interessierte sich für dieses Eisenerz ebenfalls eine mächtige französische Finanzgruppe, die einst von dem verstorbenen Kriegsminister Etienne gegründet wurde. Und jedesmal, wenn die spanischen Soldaten Miene machten, nach dem Innern des Landes vorzudringen, erhielten die Eingeborenen über die algerische Grenze im Ueberflusse gute französische Gewehre und ausreichende Munitionslieferungen, mit Hilfe deren sie den Eindringling siegreich zurückschlugen.

Schließlich hatte der Diktator Primo de Rivera beschlossen, auf die friedliche Durchdringung zu verzichten. Aber im Interesse der Sicherheit Spaniens — und besonders Englands — durften die Franzosen den geräumten Platz nicht einnehmen. Als es dann hieß, die Kampffront zu räumen, ließen die spanischen Truppen, auf ausdrücklichen Befehl hin, in guter Ordnung ihr ganzes Kriegsmaterial, einschließend der Munition, den Festlagerbeständen und gewissen Teilen der Uniformen am Platz. Abd el Krim brauchte sich nur die Mühe zu geben, diese reiche Beute aufzufressen; er fügte diese spanischen Gewehre seinen französischen Gewehren hinzu und bediente sich ihrer, um wirkliche Regimenter zu bilden. Sein Erfolg verschaffte ihm großes Ansehen in der muslimischen Welt; es wurden Opfermengen für ihn in allen Moscheen veranstaltet.

Indessen hätte er sich vielleicht damit zufrieden gestellt, Sultan des Rif zu sein, wenn nicht die Petroleumkönige eingegriffen hätten.

Seit zwei Jahren haben die Kustumschaffer der verschiedenen Trusts auf dem Südrand des Rif, im Norden der Straße von Fez nach Taza, zahlreiche Petroleumquellen entdeckt. Daraufhin ließ zu Beginn des Jahres 1924 der Marokkaner Zayatey, mit der Genehmigung des Herrn Poincaré, diese ganze Gegend besetzen und er stellte eine Postenkette auf, unter deren Schutz die Bohrungen unternommen werden konnten. Kürzlich erst noch hat ein Pariser Bankier, der Vertreter der Royal Dutch ist, in Begleitung eines amerikanischen Finanzmannes eine Reise nach Marokko unternommen. Diese Gegend liegt in der Frankreich durch Verträge zugesicherte Zone. Die Eingeborenen, die noch nie auf den Sultan von Fez hörten, wurden nicht vorher um ihre Meinung befragt. Daraufhin wandten sie sich an Abd el Krim, der sich seiner Spanier entledigt hatte. Auf sein Signal erhoben sich die unterdrückten Stämme im Rücken der französischen Posten.

Man sprach vom ersten Schlag. Aber seit 50 Tagen stehen Gefechtsbatterien der Kampf immer noch an. Er wäre bereits beendet, wenn Abd el Krim nicht in überreichem Maße mit Waffen und Munition beliefert würde. Wer ihm das alles liefert? Geschäftsmacher aller Nationen, die in den Manufakturen Europas Gewehre alten Modells zu niedrigem Preis einkaufen und zu Höchstpreisen weiter verkaufen. So fand man im Rifgebiet zahlreiche verbesserte Gras-Gewehre, die von einer französischen Firma aus der Avenue de l'Opéra in Paris dorthin geliefert wurden.

Diese Tatsache ist bekannt; aber man konnte gegen niemand eine Strafverfolgung einleiten, denn die Lieferungen erfolgten mit der Erlaubnis der französischen Regierung, und zwar unter Poincaré, zur Zeit, da es sich darum handelte, die Spanier zu vertreiben.

Wer steckt aber die Geldmittel für derartige Ankäufe vor? Es sind große europäische Gesellschaften, die Abd el Krim große Vorräte gewähren auf spätere Konzeptionen auf die Eisenerzlager und Petroleumquellen hin. Auf diese Weise gelangen Waffen und Munition auf vollbeladenen Schiffen in die Häfen der Küste nördlich von Larache. Einige französische Torpedoboote genügen, um diesem ganzen Schleichhandel ein Ende zu bereiten. Frankreich hat aber an den Küsten der spanischen Zone keine Polizeigewalt. Es muß daher mit der Regierung von Madrid verhandelt werden, die natürlich nicht verfehlen wird, als Gegenleistung einige Vorteile in Marokko oder sonstwo zu fordern.

Man wandte sich an den Völkerbund. Da ereignete sich aber etwas Eigenartiges: Auf der kürzlich in Genf stattgefundenen Konferenz für die Einschränkung des Waffenhandels forderten die englischen Delegierten, daß der Waffenhandel für gewisse Küsten Indiens verboten würde, weil man dort eine Volkserhebung fürchtete. Die Vertreter Frankreichs ließen dies sofort gut, aber sie verlangten, daß die gleiche Maßnahme für die Küsten Marokkos getroffen würde. Die Engländer antworteten, daß dies nicht das gleiche sei.

Es genügt aber nicht, Abd el Krim am Uergha im Zaum zu halten, denn der Kampf könnte auf diese Weise ewig weiter dauern. Gleichfalls wäre es falsch, ihn in sein Gebirge zu verfolgen, bis er sich ergibt, denn dies hieße die Verträge übertreten und England vor den Kopf stoßen.

Das einfachste ist, ihn zu entwaffnen und sich zu diesem Zwecke an seine Geldmänner und seine Waffenslieferanten zu wenden. Frankreich benötigt das Eisenerz des Rif nicht; es besitzt dessen genug in Lothringen und in Algerien, ja mehr sogar, als es verbrauchen kann. Es benötigt gewiß des Petroleum; da es aber kein Spezialwerkzeug zu dessen Ausarbeitung, noch Techniker und Kapital besitzt, ist es unnütz, daß es einen kostspieligen Krieg für die großen Petroleumgesellschaften, die Royal Dutch und die Standard Oil, führt.

Es muß das Recht auf Verhinderung des Waffenhandels an der marokkanischen Küste erreicht werden; für den Rest gilt es, sich von den Erzfällen der Petroleum- und Eisenerzfelder freizumachen.

Dem französischen Volke wird pathetisch eingeredet, die Ehre Frankreichs und die Zukunft ganz Nordafrikas stehen auf dem Spiele. Die Wahrheit ist viel einfacher und marginalischer.

Der deutschösterreichische Gesandte Riedl überreichte gestern dem Reichspräsidenten sein Abberufungsschreiben. Es wurden beiderseits herzliche Ansprachen gewechselt. Gesandter Riedl wies auf die Stammesgleichheit, Kulturgemeinschaft und die 1000jährige gemeinsame Geschichte beider Länder hin und schloß mit dem Wunsch, daß es seinem Nachfolger vergönnt sein werde, daß zu vollenden, was er nur vorbereiten konnte. — Der Reichspräsident dankte ihm und sprach sein Bedauern über das Scheitern dieses zuverlässigen Freundes Deutschlands von seinem Posten aus.

Wen gehört das Stadion?

Vom Deutschen Reichsausschuß für Weibesübungen, Generalsekretär Diem, wird uns geschrieben:

Auf die Notiz, „Wen gehört das Stadion?“, in der ersten Beilage der Nummer 265, vom 19. Juni, erlauben wir uns mitzuteilen, daß der Besitzer des Grundstücks die preussische Forstverwaltung ist, die die Gesamtfläche des Rennbahngeländes an den Berliner Rennverein auf dreißig Jahre verpachtet hat. Der Deutsche Reichsausschuß für Weibesübungen übernahm als Unterpächter des Rennvereins den Teil des vom Stadion bedeckten Geländes für die Vertragsdauer und errichtete dort das Deutsche Stadion. Die Mittel zum Bau wurden in Höhe von 2 1/2 Millionen Goldmark in privaten Kreisen aufgebracht und diese sind vom D.R.V. zurückgezahlt worden. Irigendwelche öffentliche Mittel von Reich, Staat oder Stadt sind zum Bau des Stadions nicht verwendet, dagegen sind vor dem Kriege dem Deutschen Reichsausschuß für Weibesübungen aus dem Dispositionsfonds des früheren Kaisers und aus den Mitteln des preussischen Staates nach Fertigstellung des Baus Beiträge für die Unterhaltung des Stadions gezahlt worden, die zweimal zusammen 25 000 M. betragen und später geringer wurden. Im vergangenen Jahre hat das Reich 3000 M., der preussische Staat 2000 M., die Stadt Berlin 500 M. für die Unterhaltung des Stadions gezahlt. Als Gegenleistung wurde das Stadion in entsprechendem Umfange unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Unterhaltungskosten des Stadions betragen im Geschäftsjahre 1924 im ganzen 123 124 M., die Einnahmen nur 83 588 M. Zuschuß des D.R.V. 39 725 M. Danach wird man im ganzen sagen können, daß der D.R.V. das Stadion aus privaten Mitteln erbaut hat und es auch privatim unter erheblichen Jahreszuschüssen erhält. Dessen ungeachtet betrachtet er diese seine Einrichtung als eine gemeinnützige Anstalt, die allen Kreisen des Volkes, nicht nur seinen Mitgliedern, zur Verfügung steht. Infolgedessen gibt er es in jedem Jahre unter den gleichen Bedingungen, die er auch seinen Mitgliedern auferlegt, den Berliner Arbeiter-Turn- und Sportvereinen für ihre Veranstaltungen und auch für die wochentäglichen Übungen. Das Arbeiterfest am 28. Juni im Stadion ist die fünfzehnte der dort im Laufe des Bestehens abgehaltenen Arbeiterveranstaltungen. Die im Stadion entstehende Deutsche Hochschule für Weibesübungen und auch deren Volkshochschulkurse stehen gleichfalls der unbeschränkten Öffentlichkeit zur Verfügung, ebenso wie eine Reihe von Gemeinde- und höheren Schulen das Stadion unentgeltlich benutzen dürfen. In gleichem Sinne wird auch die Verwendung des Erweiterungsgebietes, für das der Reichstag dankenswerterweise eine Million Mark Baukostenzuschuß bewilligt hat, vor sich gehen. — Wir hoffen, hiermit die erbetene Antwort gegeben zu haben.

Großfeuer in der Ritterstraße.

Zwei Feuerwehrleute verletzt.

Ein Großfeuer, dessen Löschung mit erheblichen Schwierigkeiten und besonderen Umständen verbunden war, beschloß heute früh lange Zeit die Berliner Feuerwehr in der Ritterstraße 45 an der Alten Jakobstraße.

Die Feuerwehr wurde um 4 Uhr alarmiert. Als die Hauptwache an der Brandstelle ankam, fand sie schon einen ausgebreiteten Brandherd vor. Die Flammen schlugen bereits heiß und mächtig aus dem zweiten Stock des Quergebäudes bis zum Dach des dreistöckigen Geschäftshauses empor. Sämtliche eisernen Türen waren fest verschlossen und zum Teil mit dicken eisernen Stangen verriegelt. Ueber drei mechanische Leitern und mehrere Haken- und Strohleitern wurde von außen, und zwar vom Vorderhaus Nr. 45 und vom Seitenflügel des Nachbargrundstücks Nr. 44 sowie vom zweiten Hofe des Grundstücks Nr. 45 vorgegangen, bis es mit vieler Mühe gelang, die eisernen Türen mit Brecheisen und Keilen zu erzwingen. Das Feuer wüthete unter erstickender Qualmentwicklung im 2. und 3. Stock des Quergebäudes und dem anschließenden linken Seitenflügel auf dem ersten Hofe und dem rechten Seitenflügel auf dem zweiten Hofe. III 3 B- und 12 C-Röhren wurde unausgeseht gelöscht. Das wüthete. Das Feuer war vollständig eingekreist. In Strömen ergoß sich das Wasser bis um 6 Uhr in die brennenden Gefäße. Die Aufgänge und Höfe standen unter Wasser. Trotzdem konnte bei der Ausdehnung und Größe des Brandes nicht verhindert werden, daß der Dachstuhl des Quergebäudes von den Flammen ergriffen wurde und die Holzdecken des sonst ganz modernen Geschäftshauses an mehreren Stellen vollständig durchbrannten. Waren in dieser Hinsicht vorhanden gewesen, hätte die Feuerwehr das entzündete Element zweifellos auf ein Stockwerk beschränken können.

Das Fehlen der Schlüssel zu den vielen eisernen Türen erschwerte das Vorgehen der Feuerwehr ungemein. Auch bei anderen Bränden hat die Feuerwehr nicht sofort mit allen Kräften rücken können, weil fest verschlossene eisernen Türen erst ausgebrochen werden mußten. Solchen Schwierigkeiten mühte in Zukunft begegnet werden. Ausgenommen ist der Brand vermutlich schon am Freitagabend in der Germania-Druckerei und Papierwarenfabrik von Otto Scholz aus nicht zu ermittelnder Ursache. Während des Brandes entdeckten die Feuerwehrmänner im 3. Stock des rechten Seitenflügels, unmittelbar über dem Brandherd von Flammen schon bedroht, ein eisernes Faß mit 200 Liter Inhalt. Sofort wurde es dauernd unter Wasser gehalten und dadurch großes Unheil verhütet. Um 6 Uhr war die Nacht des gierigen Elements gebrochen. Langsam gingen die Flammen zurück. Zwei Stunden später konnten die sieben Züge durch andere abgelöst werden.

Bei der Abloschung des Fabrikbrandes in der Ritterstraße 45 ereigneten sich gegen 8 Uhr noch zwei Anfälle an verschiedenen Stellen hintereinander. Der Feuerwehrmann Jierach, vom 1. Zuge, kürzte durch das brennende Leerpappdach des linken Seitenflügels in ein Atelier und mußte nach dem Urban-Krankenhaus gebracht werden, wo man Verletzungen an den Händen und am Kopfe feststellte. Der Feuerwehrmann Schmidt, vom 11. Zuge, erlitt durch stochendes Wasser Brandwunden und mußte sich schleunigst in ärztliche Behandlung begeben.

Das Wetter in den nächsten Tagen.

Die gestern nachmittag einsehende Ermüdung und Aufsteigerung hat ein schnelles Ende genommen. Bereits in den Nachstunden setzten wieder Regenschauer ein, die sich bei abwechselnder Bewölkung und Aufsteigerung heute fortsetzen werden. Auch von den Küstengebieten wird regnerisches Wetter gemeldet. An einigen Stellen soll der seit Tagen herrschende Wind zu orkanartigen Stürmen übergegangen sein. In den Gebirgsorten ist die noch vor acht Tagen herrschende Hitze gleichfalls einer Temperatur gemühen, die alles andere als sommerlich bezeichnet werden kann. Während in Berlin die Temperaturen zwischen 10 und 15 Grad schwankten, waren dort solche von 1 und 0 Grad zu verzeichnen. Der amtliche Wetterdienst teilt noch folgendes mit: Für Berlin und Umgebung ist für den morgigen Sonntag weiter ein beständiges Wetter mit leichten Regenfällen zu erwarten. Auch die Wetterausichten für das übrige Deutschland belagen, daß das über uns lagernde Tief nur langsam südwärts zieht und das kühle unfreundliche Wetter bei weiterer Neigung zu Niederschlägen andauern wird.

„Fest der Schulen“ in Wilmersdorf.

Dieses „Fest der Schulen“, das am 15. Juni mit Veranstaltungen der Volksschulen 8 und 9, und der Mittelschule I des Bezirkes Wilmersdorf begonnen, und am Sonntag nachmittag durch ein gemeinsames Sport- und Spielfest auf dem Sportplatz in der Keimergasse beendet wurde, ist eine gute pädagogische Leistung gewesen. Ob dies Gebotene geschmackvoll, die Regie des Ganzen zu gebührt und zu wenig konzentriert war oder nicht, ist im Hinblick auf eines von nebenstehender Bedeutung. Sämtliche Wilmersdorfer Schulen: Volksschulen, Realschulen, Lyzeen und Gymnasien haben sich hier zu gemeinsamen Wirken zusammengeschlossen. Erwähnt

seien: der Unterhaltungsabend (Prolog, Chöre, Orchester, Deltatraktion, Reigen, Theaterdarbietungen) der Volksschule 15 und des Brunnewaldgymnasiums. Im Bismardgymnasium fand am Dienstag ein Sommerfest des Gymnasiums der Volksschule 15 und des Brunnewaldgymnasiums statt. Hier war das Programm etwas vielseitig. Volkstänze, Chöre, Kabarett, Kino und Jazz gaben ein etwas buntes Gemisch. Immerhin war der Versuch interessant und insofern durchaus begrüßenswert, als er die Jugend aus der verlogenen Sentimentalität der in der Schulliteratur leider nur zu oft gepflegten Tränenbrüchigkeit in das starke Wesen modernen Zeitempfindens und den Rhythmus unserer Tage überleitete. Die Mittelschule II veranstaltete am Dienstag die Aufführung der „Gänsehirtin am Brunnen“ von Emma Sauerland. Das schöne Grimm-Motiv von dem perlenweinenden Königskind, das der rauhe König verließ, war hier zu einem Märchenpiel verwandelt worden. Das Sportfest am heutigen Nachmittag, das den Abschluß der Festwoche bildet, wird der Jugend Gelegenheit geben, sowohl ihre sportliche Tüchtigkeit als vor allem ihre Geschicklichkeit und das Gefühl für Rhythmus zu erweisen. Der Ueberflusse der Festwoche soll zur Schaffung eines gemeinsamen Sportplatzes der Wilmersdorfer Schulen verwandt werden.

Der Siebenstaatenflug der deutschen Presse.

Das große Junkers-Verkehrsflugzeug ist heute morgen mit allen vorgesehenen Teilnehmern an Bord zum Siebenstaatenflug der Deutschen Presse gestartet. Auf dem Tempelhofer Feld hatte sich trotz des leicht einsehenden Regens eine Anzahl Zuschauer eingefunden. Um 8.50 Uhr hob sich das Flugzeug, das von einem der besten deutschen Verkehrsflieger, Horn, gefahren wird, in die Lüfte. Außer dem Flugzeugführer befindet sich noch ein Obermonteur an Bord. Sowohl Fachleute wie Teilnehmer sind der Ueberzeugung, daß der 4000-Kilometer-Flug ohne Störung vollstatten gehen werde. Der Flug wird in der Geschichte des Deutschen Verkehrswezens einen weiteren Meilenstein bilden.

Das Recht auf die Dachantenne!

Es ist immer noch die falsche Ansicht in den Vermieterkreisen verbreitet, daß die Anlegung einer Dach- oder Hochantenne von der Genehmigung des Hauswirts abhängig zu machen sei. Um in der Ausbreitung des Radios Störungen und Ungelegenheiten zu vermeiden, und insbesondere, um die Hauswirte vor unnötigen Kosten und vor Rechtsstreiten zu bewahren, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß u. a. das Amtsgericht Berlin-Weihensee und in Bayern als auch das Kammergericht Berlin bereits Entscheidungen dahin getroffen haben, daß der Mieter auf die Dachantenne ein Recht hat, und daß er nur verpflichtet ist, dem Hauswirt das Anbringen einer Dach- bzw. Hochantenne mitzuteilen. Die Erteilung einer ausdrücklichen Genehmigung des Hauseigentümers erachtet das Gericht nicht für erforderlich.

Der kaufmännische Einkäufer der Schupo.

Ein technischer Beamter der Schupo, der Polizeikommandant Georg Mehlhaase, stand vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte unter der Anklage der passiven Bestechung. Staatsanwalt: „Wenn Sie, Angeklagter, in einer leitenden Stellung bei der Schupo tätig sind und Automobile für deren Kraftwagenpark einzufahren sollen, so dürfen Sie doch von der Lieferfirma keine Schmiergelder annehmen.“ — Angeklagter: „Ich habe mich eigentlich gar nicht als Beamter, sondern mehr als den kaufmännischen Einkäufer der Schupo betrachtet.“ Hierzu bemerkt der Vorsitzende, daß der Angeklagte niemals eine Zuwendung von etwa 3000 Mark erhalten hätte, wenn man ihn nicht als Beamten angesehen hätte. Ein als Zeuge geladener Angeklagter der Lieferfirma „Intra“ verweigerte die Aussage, weil er sich selbst schuldig fühlte. Das Gericht ließ in der Sache größte Milde walten und erkannte gegen Mehlhaase auf eine Geldstrafe von 1500 Mark bzw. für je 50 Mark einen Tag Gefängnis.

Der Mord an der Senta Edert. Immer noch harret der Mord an der 10-jährigen Schülerin Senta Edert seiner Klärung. Auf die Ermittlung des Täters ist, wie wir jetzt erfahren, eine Belohnung von 8000 M. ausgesetzt. In den nächsten Tagen werden an den Anschlagorten die roten Mordplakate erscheinen und der Öffentlichkeit nochmals die Fragen vorlegen: Wer hat die Senta Edert am Montag, den 8. Juni, getötet? Ist sie in Begleitung eines Mannes gewesen? Wo hat sie die weiße Spitzhüte mit Gondons gekauft? Als Mitteilungen nimmt die Nordkommission E. E. Bernburg-Albrecht im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums entgegen.

Sommer-Sonderzug Berlin-Düsseldorf am 6. Juli. Wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände mitteilen kann, verkehrt der bisher nur für den 5. Juli vorgesehene Sommer-Sonderzug von Berlin, Stettiner Bahnhof ab 1.50 nachmittags nach Sahnig und Bergen-Pulbus wegen starker Nachfrage auch noch am Montag, den 6. Juli. Es bietet sich also Gelegenheit, für diesen Zug drei schleunigster Bestellung der Fahrkarten sich noch Plätze zu sichern.

Ein Greis vermißt. Seit einigen Tagen wird der 84 Jahre alte Pensionär Friedrich Duandt aus Charlottenburg, Schülerstr. 90, von der Vermittlungszentrale gesucht. Duandt ist trotz seines hohen Alters körperlich noch sehr rüstig, selbst aber zuweilen an geistiger Verwirrung. So ist er am 10. Juni, Mittags um 1 Uhr, von zuhause fortgegangen, ohne zu sagen, wohin. Es kam öfter vor, daß er erst nach mehreren Stunden wiederkehrte, da er weite Spaziergänge liebte. Alle zweidienstlichen Mitteilungen nimmt die Vermittlungszentrale, Kriminalkommissar Bahmig im Polizeipräsidium, entgegen.

Revolveranschlag auf den polnischen Konsul in Essen. Im polnischen Konsulat zu Essen wurde gestern nachmittag von dem Polen Schastel Bergier auf den polnischen Bizekonsul Belschowski ein Revolveranschlag verübt. Bergier, der die polnische Staatsangehörigkeit verloren hat, wurde von dem Bizekonsul in dieser Angelegenheit empfangen und gab im Verlaufe der Unterredung drei Schüsse auf den Bizekonsul ab. Eine Kugel traf diesen in der Bauchgegend. Der Täter versuchte zu entfliehen, wurde aber von herbeigeeilten Bureauangestellten festgehalten und später durch die Polizei verhaftet. Der Bizekonsul wurde ins Krankenhaus gebracht. Sein Befinden hat sich inzwischen so gebessert, daß heute Vormittag seine Vernehmung erfolgen konnte.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Juli. Deutsches Nachrichten 1/4 Uhr Nachmittagsberichterstattung von Post, Subener Straße 13, aus.
2. Juli. Sonabend von 8 bis 6 Uhr holen die Bestreiter die Flugblätter von Wiersdorf, Urdamm, 6. ab.
Jugendstilisten. Gruppe Wilmersdorf: Treffen am Sonnenwendfeier um 7 1/2 Uhr am Adnigplatz. Vorleser und Instrumente mitbringen.

Sport.

Einart gewinnt das Internationale Sieber-Deby.

Am gestrigen Abend konnte nun endlich das Internationale Sieber-Deby im Brunnewald-Stadion ausgefahren werden. Einart holte sich beim fliegenden Start wieder den ersten Platz. Im Verlauf des Rennens zog Sowaill tapfer los und überholte nach und nach das ganze Feld — bis er den Rotor infolge Rahnendrucks verlassen mußte. Auch die anderen Fahrer wurden mit Defekten gezeichnet, so daß der Belgier, der hier von vornherein blühte, leichtes Spiel hatte.

Das Ergebnis des Internationalen Sieber-Deby. Stundenrennen:

1. Einart 70.880 Km. 2. Romanow 70.190 Km. 3. Wegmann 69.500 Km.
4. Sereb 68.290 Km. 5. Weiß 68.210 Km. 6. Koffen 67.790 Km.
7. Müllig 65.980 Km. 8. Sowaill 64.210 Km. gefahren.

Gewerkschaftsbewegung

Potemkische Dörfer in Sowjet-Rußland.

Was Fremden gezeigt wird.

Unser belgisches Bruderorgan "Peuple" veröffentlicht einen Brief des ehemaligen Mitgliedes des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei, G. O. J., an den früheren Sekretär der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale Fimmen. Fimmen hatte nämlich im Herbst 1924 nach seiner Rückkehr aus Sowjetrußland Wunderdinge über die dortigen Verhältnisse zum besten gegeben. Die Kommunisten gingen damals mit diesen Mitteilungen treiben und brachten sie immer wieder vor, wenn sie Schilderungen, die den wirklichen Zuständen entsprachen, widerlegen wollten. U. a. hatte er auch von einem angeblichen Besuch bei dem Sozialrevolutionär G. O. J. berichtet, den er auf einem wundervollen Gut in der Nähe von Moskau gefunden haben wollte.

Begleitend auf einen entsprechenden Artikel vom 15. Januar 1925 im offiziellen Organ der Sowjetregierung "Iswestija" richtete nun G. O. J. einen Offenen Brief an Fimmen, in dem er bestreitet, je dessen Besuch empfangen zu haben. Er nimmt an, daß Fimmen wohl ein falscher G. O. J. gezeigt worden sei, ganz so, wie man seinerzeit Purcell kurz nach den Massenhinrichtungen in Georgien das fröhlich tanzende georgische Volk gezeigt habe. G. O. J. bestreitet auch, zusammen mit seinen Verwandten je auf einer Villa bei Moskau gelebt zu haben. In Wirklichkeit habe er nur einmal 14 Tage auf einem in ein Gefängnis verwandelten kleinen Gut hinter Gittern und Stacheldraht verbringt, nachdem seine Gesundheit wie auch die seiner Kameraden durch die unmöglichen Bedingungen des Innengefängnisses der Tscheka fast völlig zugrunde gerichtet worden war. G. O. J. stellt fest, daß die Gruppe der zum Tode verurteilten Sozialrevolutionäre im Laufe von 2 1/2 Jahren 18 Hungerstreiks durchgemacht hatten von einer Gesamtdauer von 366 Tagen. Ein jeder von den Verurteilten habe in bolschewistischen Gefängnissen im ganzen je vier Jahre verbracht und in Gefängnissen überhaupt einschließlich der zersplitterten je 12 Jahre.

Aus diesen Mitteilungen geht hervor, wie regsam die Bolschewisten die Tradition des Zorns bewahren. Aber während Potemkin blühende Dörfer vortäuschte, zeigen die Bolschewisten dem stauenden Besucher ein ganzes Volk, das über seine blutige Unterdrückung lacht, und einen ausgehungerten Gefangenen, der dabei die Worte: Immerhin also ein "Fortschritt" gegenüber dem Zarismus.

Die Aussperrung der Holzarbeiter.

Köln, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nun haben auch die Köhler Arbeitgeber der Holzindustrie nach dem scheinbaren Beschluß ihrer Zentrale einen Teil der Holzarbeiter auf die Straße geworfen. Die Arbeitgeber von Köln sind nach den Berichten, die der Verwaltungsstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes zugegangen sind, mit sehr gemischten Gefühlen in diese Bewegung hineingeführt. Namentlich unter den Holzermeister sind zahlreiche Unternehmern über den Aussperrungsbeschluß ihrer Zentrale zur Tagesordnung übergegangen; denn bis zur Stunde sind nur etwa 600 Holzarbeiter, also ein Fünftel der in diesem Gewerbe in Köln beschäftigten Arbeiter, ausgesperrt worden. Diese Ziffer wird vielleicht noch eine kleine Änderung erfahren, aber es steht bereits fest, daß die Köhler Arbeitgeber der Holzindustrie in Köln größeren Teil der wirtschaftsfördernden Parole ihrer Zentrale nicht befolgen.

Bonn, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auch hier sind die Arbeitgeber nun doch zur Aussperrung geschritten. Allerdings scheint die Aussperrung, die sich auf das gesamte linksrheinische Gebiet erstrecken soll, nur eine sehr partielle zu sein. In Bonn selbst sind insgesamt 800 Arbeiter ausgesperrt.

Elsfeld, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitgeber haben nunmehr die Aussperrung für das bergische Land vollzogen. Bisher sind nicht ganz 1000 Holzarbeiter ausgesperrt worden.

Der Abbaustandal bei der Reichsbahn.

Mit der Reichsbahnerweiterung sich nach sachlich über die Notwendigkeit des immer wieder einsetzenden Personalabbaus auseinanderzusetzen, ist fast zwecklos, denn alle bisher vorgebrachten Argumente und der in vielen Dienststellen herrschende chronische Personalmangel vermochten die Verwaltungsjuristen nicht von ihrer betriebsgeführten Handlungsweise abzubringen. Eine Sache für sich ist es dabei, daß die unteren Dienststellenleiter nicht den Mut haben, auf die Beschäftigung des dienstlich notwendigen Personals zu bestehen, sondern aus Furcht vor eigenem Abbau, oder vielleicht um eine Prämie zu bekommen, alles Erdentliche anstellen, um den Dienstleistungsleistungen mit den vorhandenen Kräften gerecht zu werden. Die Folgen der betrieblichen Personalpolitik zeigen sich ja schon deutlich, werden doch schon innerhalb der Werkstätten Unternehmer beschäftigt, weil man selbst keine Arbeiter mehr hat. Oder sollte diese falsche Methode der Privatierung überhaupt Zweck des Abbaus sein?

Was uns zwingt, wieder Stellung gegen den Personalabbau zu nehmen, sind die Gefahren, die bei dem jetzigen Gebaren den noch im Eisenbahnbetrieb befindlichen Beschäftigten drohen.

Bei dem Bahnbetriebswerk Aichtenberg-Friedrichsfelde wurde trotz Personalmangels mehreren Bediensteten das Arbeitsverhältnis gekündigt. Auf Einspruch der Betriebsvereinerung stellte sich die eigentümliche Tatsache heraus, daß weder Dienststelle noch Direktion die Entlassung wollte, sondern das Betriebsamt (?) aus sich heraus die Kündigung veranlaßt hatte. Nicht Tage später sah sich die gleiche Dienststelle entgegen der ersten Maßnahmen des Betriebsamtes gezwungen, noch neun Einstellungen vorzunehmen. Man wird den Eindruck nicht los, daß das Betriebsamt die Kündigung im ersten Falle nur verurteilte, um die eingearbeiteten Kräfte durch andere zu ersetzen. Wahrscheinlich wohl solche, die auf Stichworte "Schlange..." usw. reagieren, denn Hakenkreuz scheint zurzeit Trumpf.

Von den sechs Neueinstellungen erklärten zwei sofort, daß sie erst um 7 Uhr die Arbeit aufnehmen können, da sie im Hof für Obdachlose wohnen. Man stelle sie aber ein und händigte ihnen auch sofort Freifahrtkarten aus. Diese Freifahrtkarten verdundeten die Betroffenen am gleichen Abend am Fahrkartenschalter für eine andere Fahrtrichtung u. m. z. u. s. a. Das wurde natür-

lich nach Rückfrage verweigert, schließlich zog man die eine Karte ein, während der andere Inhaber sich nicht mehr sehen ließ; natürlich unter Mitnahme der Karte.

Das Beschämendste ereignete sich aber am vergangenen Montag. Beim Schichtwechsel mußten sechs der dort beschäftigten Arbeiter feststellen, daß ihre Aufbewahrungsschilde erbrochen und sie ihrer Wertgegenstände beraubt waren. Die Verwaltung wird bei ihrer bekannten Einstellung zu Erfolg nicht bereit sein, so daß die Bediensteten mit ihrem schon niedrigen Einkommen für die Personalpolitik der Verwaltung noch ihre Groschen hergeben müssen. des Arbeitsnachweises ein.

Das Einwirken des D. V. B. auf die Reichsbahngesellschaft hatte bisher wenig Erfolg, denn die Verwaltung baut ja auf den ihr bekannten Zustand der gewerkschaftlichen Indifferenz des Personals. Hier hilft auch nicht das stuchartige Verlassen des Eisenbahnbetriebes, wie es jetzt durch aufrechte Kollegen geschieht. Sondern es heißt für das gesamte Personal, sich aufzuraffen, den gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu suchen und der sich überschlagenden Reaktion im Eisenbahnbetrieb durch die Macht der Organisation einen Riegel vorzusetzen.

Berliner Bezirksbeamtenstag.

Im Saal 12 des Preussischen Landtages fand gestern unter Vorsitz des Genossen Liedtke der Bezirksbeamtenstag von Groß-Berlin statt. Das Hauptreferat des Abends hielt der Reichstagsabgeordnete Genosse Stelling.

Er sprach über die Arbeiten der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag für die Beamten. Er betonte, daß die Sozialdemokratische Beamtenpolitik nur im Rahmen der allgemeinen Politik treiben könne. Die Beamten hätten natürlich kein Vorrecht gegenüber anderen Staatsbürgern und anderen Angestellten und Arbeitern. Aber sie dürften auch nicht schlechter behandelt werden als diese. Es sei notwendig, daß der Zusammenhang zwischen Arbeiter, Angestellten und Beamten ein viel innigerer werde als es bisher gewesen ist. Der Redner schilderte dann im einzelnen die Bemühungen der Sozialdemokratie um eine materielle Besserstellung der Beamten und auch die Bemühungen um eine freiere Gestaltung des Beamtenums. Viel sei auf diesem Gebiete von den Sozialdemokraten erreicht worden. Wenn nicht alles erfüllt worden wäre, was die Partei wünschte, so liege das an den allgemeinen politischen Verhältnissen. Man wisse ja, daß die Sozialdemokratie im Reichstag nicht die Mehrheit habe und daß sie vielfach genötigt sei, um etwas durchzusetzen, Kompromisse abzuschließen.

In der Diskussion betonte der Genosse Ernst Ruben die Rückständigkeit der Justiz in Beamtenfragen. Ein großer Teil der Redner wies darauf hin, daß es unmöglich sei, daß die Sozialdemokratie im Beamtenkörper Fortschritte macht, solange das Damoklesschwert des Abbaus über den Häuptern der Beamten schwebt. Es sei notwendig, daß die Abbauperordnung verschwinde, daß mit dem Abbau Schluss gemacht werde.

In vorgerückter Stunde wurden dann noch die Wahlen zum Beamtensrat und die Vorschlagsarbeiten für den Bezirksvorstand vorgenommen. Unter den vielen Resolutionen, die angenommen wurden, befand sich eine, die den Bezirksvorstand mit der Herausgabe einer Agitationsbroschüre beauftragt, eine weitere, die das Reichsrahmengesetz für die Schutzpolizei abgelehnt werden soll.

Der Schiedsspruch bei Bolle verbindlich.

Nachdem der Schlichter am Donnerstag zu neuen Verhandlungen geladen hatte, ist der Schiedsspruch heute für verbindlich erklärt worden. Die Löhne erhöhen sich damit wöchentlich um 2,50 M. bis 3,50 M.

Damit ist die Gefahr eines Streiks beseitigt, trotz des provokatörischen Verhaltens der Direktion der Reichsbahn. Die alles tat, um das Personal zu einer vorzeitigen Arbeitsniederlegung zu bewegen. Ihre Taktik ist misglückt. Hoffentlich begreift die Direktion endlich, daß die Scharfmacherallüren wohl böses Blut erzeugen, aber nicht zum Ziele führen.

Schiedsspruch im Möbeltransportarbeiter-Streit.

Im Streit der Möbeltransportarbeiter wurde gestern nach längeren Verhandlungen ein Schiedsspruch gefällt, der eine Verbesserung der Wochenlöhne der ständigen Arbeiter von 45 M. auf 48,50 M. vorsieht, der Tageslöhne der nichtständigen Arbeiter von 8 auf 9 M. und der übrigen Löhne entsprechend. Da beide Parteien sich dem Schiedsspruch von vornherein unterworfen haben, wird die Arbeit am Montag wieder aufgenommen.

Beigelegter Straßenbahnerstreik.

Frankfurt a. M., 20. Juni. (M. B.) Die in dem Lohnstreit der Frankfurter Straßenbahner auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers eingeleiteten Verhandlungen führten zu einer Einigung. Der von dem Schlichter für Hessen gefällte Schiedsspruch wurde von beiden Parteien angenommen. Die Arbeit wird am 20. Juni morgens wieder aufgenommen. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt.

Metallarbeiterkampf im Rheinland.

Köln, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Kölner Wirtschaftsgebiet bereitet sich ein großer Kampf der Metallarbeiter vor. Der Arbeitgeberverband hat bekanntlich jede Lohnerhöhung abgelehnt. Zurzeit bemüht sich der Schlichter vom Rheinland seit Wochen um einen Ausgleich, doch sind seine Bemühungen angesichts der starrköpfigen Haltung der Arbeitgeber bisher vollkommen fruchtlos geblieben und auch weiterhin ohne Aussicht auf irgendeinen positiven Erfolg. Den Arbeitern wird schließlich nichts anderes übrig bleiben, als zum letzten gewerkschaftlichen Mittel zu greifen.

In der Kölner Kabelindustrie ist der Kampf bereits ausgebrochen. Das größte Kabelwerk Kölns, das Karlswerk, wird in wenigen Tagen durch einen Streik in seinem Holzwerk und den Anschlag der für die Aufrechterhaltung der Betriebe entscheidenden Arbeitergruppen an diese Bewegung vollkommen zum Stilliegen kommen. Das Werk beschäftigt etwa 5000 Arbeiter. Auch in den übrigen Kabelwerken des Kölner Wirtschaftsgebietes haben die entscheidenden Gruppen der Arbeiterschaft durch Abstimmung ihre Solidarität mit den streikenden Kollegen im Karlswerk bezeugt und sind ebenfalls in die Bewegung eingetreten.

Wirtschaft

Kapitalerhöhung der G. S.

In der 31. Generalversammlung der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, die gleichzeitig mit dem 22. Genossenschaftstag stattfand, berichtete Berger-Hamburg über das Geschäftsjahr 1924. Aus seinem Bericht ging hervor, daß die G. S., wieder festen Boden unter den Füßen hat, auf dem die Vereine mit ihr gemeinsam arbeiten können. Der Redner begründete einen Antrag auf Erhöhung des Stammkapitals auf 10 Millionen Goldmark. Nach kurzer Diskussion wurde die Jahresrechnung genehmigt, der Geschäftsleitungs Entlastung erteilt und die Erhöhung des Stammkapitals beschlossen. Als Redner wurde Jünger, Hamburg, wiedergewählt. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: Liebmann, Frankfurt a. M.; Köth und Mendel, Hamburg; Maurer, Gotha; Frunk, Meuselwitz; Henschel, Dresden; Dreifur, Barmen; Gruschke, Rürnberg; Bievel, Ehlingen; Pape, Königsberg; Friedrich, Bochum, und Fischer, Leipzig.

In der 13. Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine erlatete Bählein-Hamburg den Geschäftsbericht, der eine stetige Besserung des Geschäftsganges feststellen konnte. Unter Genehmigung der Jahresrechnung wurde dem Geschäftsführer Entlastung erteilt. In den Aufsichtsrat wurden Kieppig, Dresden, und Kemmele, Karlsruhe, gewählt.

Stillelegungen bei Krupp. Wie von der Firma Krupp mitgeteilt wird, beabsichtigt diese, nachdem sie sich bereits vor einiger Zeit gezwungen sah, zwei Maschinenbauwerkstätten, den Lender- und Signalbau, wegen ihrer Unrentabilität stillzulegen, weitere zwei Kleinbau- und eine der vier Feldbahnwerkstätten zu schließen. Zurückgeführt wird die Stillelegung auf die allgemeine Absatzkrise und die schlechten Verkaufspreise. Gleichzeitig glaubt man den Metallarbeitern ein Versprechen zu können, indem man erklärt, daß die auf Lohnsteigerungen im Baugewerbe sich stützenden Lohnforderungen der Metallarbeiter zur Befriedigung dieser Abbaumaßnahmen beigetragen haben. Demgegenüber ist doch der Hinweis am Platze, daß der Abbau der Kruppwerke bereits beschlossene Sache war, ehe die Lohnforderungen der Metallarbeiter vorlagen. Es ist also eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn man diese beiden Dinge miteinander in Zusammenhang bringt.

Zur Liquidation der deutschen Genossenschaftsbank wird uns aus Kopenhagen geschrieben: Das Liquidationskomitee für die Abwicklung der Landesbank ist nunmehr zusammengestellt. Unter Regierungsvorstand gehören ihm Vertreter der Bauern- und Arbeitergenossenschaften an. Die Groß-einkaufsgesellschaft gibt ihren Verlust durch die Bank auf 4 1/2 Millionen Kronen an. Die Zahl ist nicht genau, da noch nicht feststeht, welche Einlagen der Bank als verloren zu betrachten sind. Es wird z. B. bekannt, daß nur 80 Proz. der Einlagen später zurückgezahlt werden können, jedoch wird vielleicht ein noch größerer Verlust für die Depositinhhaber eintreten. Von den Einlagen der Bank, 90,2 Mill., gehören nur 6,6 Millionen Genossenschaften, die übrigen 83,5 verteilen sich auf 59 000 Konten, von denen eine große Anzahl die Spargelder der kleinen Leute darstellt.

Landwirtschaftliche Genossenschaften in Amerika. Die landwirtschaftlichen Verkaufsgenossenschaften gehören in den Vereinigten Staaten zu den umfassendsten Unternehmungen auf kooperativer Grundlage. Sie verkörpern den Protest der Farmer gegen das herrschende System des Zwischenhandels und stellen den Zwischenhändler unter die Kontrolle des Produzenten. Man unterscheidet drei Haupttypen: die örtlichen Genossenschaften (locals), die Vereinigungen mehrerer locals und die großen Verbände, die einen ganzen Staat umfassen. Von den ersteren bestehen zurzeit mindestens 9000 mit einer Mitgliederzahl von rund 350 000; 1600 locals sind zu 25 Vereinigungen zusammengeschlossen, und etwa 100 staatliche Verbände umfassen insgesamt 900 000 Mitglieder. Nichtlich kommt es auch in den Vereinigten Staaten häufig zu Differenzen zwischen den Konsumgenossenschaften der Städte und den Verkaufsgenossenschaften der Farmer, und nur selten gelingt eine Zusammenarbeit zwischen ihnen; andererseits geraten beide zuweilen in ernste Konflikte mit dem organisierten Großhandel.

Theater der Woche.

Vom 21. Juni bis 29. Juni 1925.

Vollst. Oper: 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

Kommunistische Vorstellungen. Vollst. Oper: 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u.